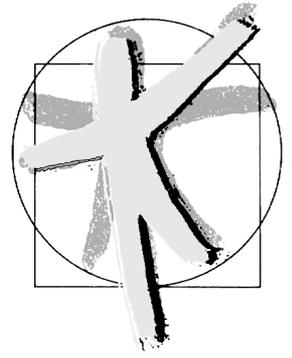


PRESSEMITTEILUNG

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN (BAGP)

Freitag, 21. Februar 2003



Die BAGP weist die Vorschläge der Union zurück: NEIN zur Zerschlagung der Solidarischen Gesundheitsversorgung!

Nach den Landtagswahlsiegen der Konservativen in Hessen und Niedersachsen kommen Vorschläge aus der neuen CDU-Kommission „Soziale Sicherheit“, die nur unter der Intention der Zerschlagung der solidarischen Krankenversicherung zu verstehen sind.

Das zehn Punkte umfassende Thesenpapier sieht die **Ausgliederung des Zahnersatzes aus der GKV** vor, ein Unternehmen, das die CDU/CSU-FDP Regierung schon einmal erfolglos unternommen hat. Seehofer hatte die Kassenleistungen bei Zahnersatz für nach 1979 Geborene abgeschafft und zuvor schon den Festbetrag bei Zahnersatzleistungen eingeführt, was dazu führte, dass PatientInnen auf erheblich höheren Kosten sitzengeblieben sind.

Die Vorschläge der Opposition im Bundestag, die von Annette Widmann-Mauz, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, und Andreas Storm, Vorsitzender der AG Gesundheit der CDU/CSU Fraktion, kürzlich vorgestellt wurden, sehen eine **Pflicht zum Abschluss einer privaten Versicherung für zahnärztliche Behandlung** vor. Aus unserer Sicht ein **indiskutabler Vorschlag**. Die privaten Krankenversicherer sind selbst gerade in heftigen finanziellen Turbulenzen und müssen Beitragserhöhungen durchführen, die höher als die der gesetzlichen Krankenversicherung sind. Es ist zu befürchten, dass bei der totalen privaten Absicherung der zahnärztlichen Behandlung (eine teilweise private Absicherung ist ja seit Jahren durch die Eigenbeteiligungen gegeben) es zu Versicherungsprämien kommt, die sich nur Besserverdienende leisten können.

Der Vorschlag, die **Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 6,5 Prozent einzufrieren ist eine Forderung aus der Mottenkiste** der Arbeitgeber, der bisher wenig Chancen zu Realisierung eingeräumt wurden. Sie würde einen **Dambruch der paritätischen Absicherung gegen Krankheit** bedeuten und hätte unabsehbare Folgen für gesetzlich Pflichtversicherte.

BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131
FAX 089 / 7250474

e-mail:
mail@patientenstellen.de

internet:
<http://patientenstellen.de>

INFO-TELEFON:
MONTAG-DONNERSTAG
13-14 UHR

Die Sympathie für das „**Schweizer Modell**“ der **Kopfpauschalen** ist ebenfalls nichts neues bei der Union, Herr Seehofer hat es bereits vor Jahren gelobt, als das Modell seine Schwächen noch nicht so offenbarte. Derzeit stellt die Schweiz fest, dass die pauschalen Prämien, die gleich hoch für Spitzenverdiener wie für weniger hohe Einkommen sind, **wenig gerecht** sind. Auch Kompensationsmechanismen für Versicherte mit geringem Einkommen, z.B. staatliche Zuschüsse zu Krankenversicherungsprämien haben da nichts bewirkt. Darüber hinaus haben die **Kopfpauschalen den Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen nicht verhindern können**, die Schweiz leistet sich noch immer die teuerste Gesundheitsversorgung Europas.

Der Irrglaube, den die konservativen Abgeordneten in ihren Thesen verfolgen ist, dass mehr freier Markt im Gesundheitswesen eine Verbesserung auf der Ausgabenseite bringen wird. Gerade das Gegenteil müssen wir aber derzeit erleben.

Durch die angebotsorientierte Orientierung des Gesundheitswesens (ÄrztInnen und Fachpersonal haben einen Wissensvorsprung und damit ein Machtinstrument in der Hand) werden PatientInnen Leistungen nahe gebracht, die möglichst rentabel und nur eventuell medizinisch indiziert sind.

Eine **Marktorientierung im Gesundheitswesen führt außerdem unweigerlich zur Ausgrenzung von nicht rentablen Versicherten oder Kranken**, sei es dass sie bestimmte Leistungen nicht aus eigener Tasche finanzieren können oder sei es, dass sie die Tarife der privaten Versicherungsgesellschaften nicht bezahlen können.

Einzig der Vorschlag, versicherungsfremde Leistungen aus der GKV herauszunehmen und sie über Steuern zu finanzieren, ist positiv zu bewerten an den Thesen der CDU- GesundheitspolitikerInnen.

Verantw.: Emmeram Raßhofer, Geschäftsstelle der BAGP